

Bundesregierung plant in der Gesundheitspolitik den Einstieg in die Kopfpauschale und den Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung

TOP 7

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10023

Rede

Heike Gebhard MdL

-es gilt das gesprochene Wort-

Anrede!

Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

„Die soziale Krankenversicherung in Deutschland bietet 90% der Bevölkerung einen umfassenden Krankenversicherungsschutz. Dieser auf Solidarität basierende Schutz ist ein entscheidender Standortfaktor und hat maßgeblich zum Erfolg Deutschlands beigetragen. Das deutsche Krankenversicherungssystem ist ein Garant für die Stabilität unserer Gesellschaft. Kapitalgedeckte Schutzsysteme, das zeigt die derzeitige Finanzkrise, unterliegen dagegen den Risiken der Finanz- und Kapitalmärkte..... Das deutsche Gesundheitssystem hat sich bewährt und dient anderen Ländern als Vorbild..... Ein Systemwechsel wäre schädlich.“

Dies ist nicht etwa ein Zitat aus den gesundheitspolitischen Grundsätzen der Sozialdemokratie, es ist auch nicht ein Zitat der großen Versorgerkassen, sondern es stammt aus den gesundheitspolitischen Positionen der Ersatzkassen, die sie vor der Bundestagswahl veröffentlicht haben.

Was findet sich nun dazu im Koalitionsvertrag der beiden auch hier in NRW regierenden Parteien. Da heißt es „Die Versicherten sollen auf der Basis des bestehenden Leistungskatalogs soweit wie möglich ihren Krankenversicherungsschutz selbst gestalten können.

Das heißt doch wohl, dass der gesamte Leistungskatalog nicht für jeden gesichert ist, sondern es hängt von der individuellen Wahl seines Versicherungsschutzes ab.

Sollen hier etwa Tarife mit Selbstbeteiligung, Teilkasko und Vollkasko etabliert werden? Verraten Sie dann doch bitte den Menschen, wie man seine Krankheit dem selbst gestalteten Versicherungsschutz anpasst.

Lesen wir weiter im Koalitionsvertrag: „...das bestehende System wird in eine Ordnung mit einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen überführt.“

Da wird die Katze aus dem Sack gelassen. Einkommensunabhängige Beiträge sind bekanntlich nur für Besserverdienende interessant. D.h. sie sind für den jeweiligen Chef nicht aber für seine Mitarbeiter und Mitarbeiterin von Vorteil. Diese Art von Gleichmacherei, eine solche Kopfpauschale zerstört den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Damit knüpfen sie verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU nahtlos an ihren Leipziger Parteitag 2003 an.

Die damalige Reaktion noch in schmerzhafter Erinnerung hat Sie wohl auch veranlasst, jetzt dieser die Gesellschaft verletzende Kopfpauschale ein bißchen weiße, schmerzstillende Salbe hinzuzufügen, die da heißt „Sozialausgleich“. Doch warum, meine verehrten Kollegen und Kolleginnen, ein soziales System zerstören, um ein neues, unsoziales System dann sozial ausgleichen zu müssen“, so fragt m. E. völlig zu Recht der Mediziner, Dr. Bernd Hontschik am letzten Wochenende in der Frankfurter Rundschau.

Eigentlich müssten wir alles daran setzen unser System so weiter zu entwickeln, dass alle Versicherten, egal ob gesetzlich oder privat versichert, den gleichen Zugang zur medizinischen Versorgung erhalten. Oder um es mit den Worten des bayrischen Hausärzteverbandes zu sagen:“... jede Erkrankung eines Patienten muss unabhängig von dessen wirtschaftlichem Status angemessen behandelt werden“. Und da gibt es schon jetzt Verbesserungsbedarf. Beispielsweise wenn GKV Versicherte länger auf einen Termin beim Facharzt warten müssen als Privatversicherte.

Doch die von CDU/CSU und FDP unterzeichnete Vereinbarung führt nicht nur zu einer Zwei sondern zu einer Mehr Klassen Medizin. 90 % unserer Bevölkerung sind gesetzlich versichert. Die Grundlagen für diese Krankenkassen verschlechtern sie dramatisch. Den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich wollen sie zurückfahren, d.h. der finanzielle Ausgleich gerade für die hier bei uns in NRW großen Versorgerkassen wie AOK und Knappschaft, die wegen ihrer Versicherten- und Morbiditätsstruktur mehr Kosten für ihre Mitglieder aufwenden müssen als andere, treffen sie damit.

Sie schicken die Kassen wieder in einen Wettbewerb um junge gesunde Single, den wir gerade auf dem Weg zu

überwinden waren. Regelmäßig kann man genau solche Radiowerbung der privaten Versicherung hören, bald also auch von den gesetzlichen Krankenversicherungen.

Gleichzeitig schließen sie die gesetzlichen Krankenversicherungen von den beabsichtigten Zusatzversicherungen aus, in dem sie den Privaten dieses Recht exklusiv verleihen.

Eigentlich hat man an dieser Stelle als gesetzlich Krankenversicherter längst genug von ihrer Vereinbarung, aber sie legen noch eine "Schuppe drauf" und die Menschen hier in NRW und überall in Deutschland müssen es erfahren: Den Arbeitgebern sagen sie zu, der Beitrag der Arbeitgeber bleibt fest. Hier haben sie offenbar auch gar keinen Beratungsbedarf mehr. Sie legen sich fest.

D.h. jede Kostensteigerung im Gesundheitssystem sei es dank medizinischen Fortschritts, sei es durch höhere Morbidität, sei es durch höhere Personalkosten wird zukünftig ausschließlich von den Versicherten getragen.

Damit schwindet auch die Verantwortung der Arbeitgeber für ein effizientes Versorgungssystem und der Anreiz Arbeitsplätze so zu gestalten, dass sie nicht krank machen. Und obwohl sie die Verantwortung der Arbeitgeber reduzieren, wollen sie ihnen gleichzeitig mehr Mitwirkungsrechte im Bereich der Selbstverwaltung der Krankenkassen verschaffen.

Wie man den Medien entnehmen konnte, gab es in den Reihen der CDU - auch auf ihrem kleinen Parteitag- durchaus Kritik.

So soll beispielsweise die ehemalige saarländische Sozialministerin Regina Görner, oder Herr Müller, oder... gefordert haben, dass die Krankenversicherung Umlage finanziert bleiben soll und bei der Pflegeversicherung nicht auf die Kapitaldeckung gesetzt werden soll. Doch wo war ihr Protest Herr Laumann?

Linssen: "bisschen Ordnung in den Laden bringen"

Da ist Schweigen, nichts als Schweigen. Obendrein waren Sie doch an den Koalitionsverhandlungen beteiligt. Hat NRW anders als Bayern so wenig Einfluss in ihrer Partei oder haben sie und ihr Ministerpräsident keine Überzeugungskraft in den eigenen Reihen, oder stehen Sie gar voll und ganz hinter dieser Vereinbarung und haben sich deshalb nur darauf konzentriert, dass all diese Änderungen erst nach der Wahl hier bei uns in NRW konkret werden und zum Tragen kommen?! Das wäre geplanter, vorsätzlicher Wahlbetrug!